

(Franz-Josef Britz [CDU])

- (A) "Der Landtag wird zukünftig Gesetze, die den Kommunen neue Aufgaben auferlegen beziehungsweise bestehende Aufgaben erweitern, nur dann verabschieden, wenn diese den vollen Ausgleich der durch sie bewirkten Mehrbelastungen gegenüber den Kommunen vorsehen."

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund betrachten Sie doch einmal Ihre Vorschläge im Zusammenhang mit dem GFG, denen Sie offensichtlich zustimmen wollen, zum Thema Asylbewerberleistungsgesetz beziehungsweise 325 Millionen DM Befrachtung für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen und zum Unterhaltsvorschußgesetz. Hier werden bestehende Aufgaben erweitert beziehungsweise finanzielle Lasten auf die Kommunen verschoben, die normalerweise vom Land zu tragen wären. Wenn Sie Ihre eigene Selbstverpflichtung ernst nehmen würden, könnten Sie diesen Vorschlägen der Regierung nicht zustimmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Dies zeigt, daß unser damaliger Versuch sicherlich weiterverfolgt werden muß, die Konnexität in der Landesverfassung zu verankern; denn - jetzt auch noch ein Hinweis aus dem damaligen Papier der Koalitionsfraktionen - wenn auf Bundesebene eine solche Konnexität beschlossen würde, wären Sie bereit, das auch auf Landesebene zu tun.

Ich bin gespannt, was auf Bundesebene jetzt geschieht. Kollege Groth hat es indirekt vorhin angesprochen mit der Reform der Gemeindefinanzverfassung auf Bundesebene zwischen Bund und Ländern. Da könnte eine Gelegenheit sein, daß hier das, was Sie damals, wie ich hoffe, ernsthaft beschlossen haben, auch umgesetzt wird.

Ein zweiter Gesichtspunkt aus dem gleichen Antrag! Es gibt eine Reihe von Forderungen des Landtages an die Landesregierung; eine will ich zitieren:

"Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, im Bundesrat initiativ zu werden, um ..."

- und dann heißt es unter Punkt 4:

"... Reformen des Steuerrechts nicht zu Lasten der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen erfolgen zu lassen."

Meine Damen und Herren von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! Wenn Sie auch diese Ihre

- (C) selbstbeschlossene Forderung ernst nehmen würden, dann könnten Sie der jetzt vorgeschlagenen sogenannten ersten Stufe der Steuerreform überhaupt nicht zustimmen; dann müßte die Landesregierung Nordrhein-Westfalen im Bundesrat nein sagen zu dieser Steuerreform.

(Beifall bei der CDU)

Worum es in diesem kurzen Beitrag noch einmal ging, meine Damen und Herren: Es hilft alles nichts! Wenn Sie jetzt über finanzielle Nöte und sonstige Sorgen des Landes reden, dann beschließen Sie doch nicht solche Selbstverpflichtungserklärungen, die nur einen Ausweg dafür darstellen, daß Sie hinterher nicht zu dem stehen, was Sie ursprünglich gesagt haben. Meine Damen und Herren, das ist weniger, als wir von Ihnen erwartet haben, das ist nicht das, was für die Gemeinden in unserem Lande notwendig ist. Sie müssen wenigstens zu Ihrem eigenen Wort stehen und entsprechend beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Britz. Weitere Wortmeldungen habe ich nicht.

- (D) Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aufgrund der Verabredung, die wir heute morgen um 10 Uhr getroffen haben, daß zwischen 13 und 14 Uhr keine Abstimmungen stattfinden sollen, setze ich Ihr Einverständnis voraus, daß wir die Abstimmung zu diesem Komplex zurückstellen, bis wir die Uhrzeit erreicht haben, und jetzt erst einmal in der Beratung zum Einzelplan 12 weitergehen. Es kann nicht anders sein, weil die Kolleginnen und Kollegen auch sicher sein müssen, daß in dieser Zeit keine Abstimmungen stattfinden.

Ich rufe deshalb zunächst auf:

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1999

einschließlich **Haushaltssicherungsgesetz**

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen. Es sind die Drucksachen 12/3500, 12/3512 und 12/3516.

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Kollegen Diegel für die CDU-Fraktion.

(Reinhold Trinius [SPD]: Jetzt kommen die Deckungsvorschläge!)

Helmut Diegel (CDU)*: Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Wir reden heute über den Einzelplan 12 und den Einzelplan 20 und insbesondere natürlich auch über das Verfahren. Ich möchte mit letzterem beginnen.

Meine Damen und Herren, sehr verehrte Abgeordnete in diesem Saal! Jeder von uns hat in den letzten Wochen einen gewissen Druck verspürt, wenn es darum ging, den Haushalt zu beraten. Dieser Druck ist nicht von uns selbst geschaffen, sondern ist durch die Landesregierung verursacht worden. Meine Damen und Herren, vielleicht mögen sich die Koalitionsfraktionen aufgrund ihres Informationsvorsprunges sagen, daß sie das nicht anfecht. Ob dies aber einen ordentlichen parlamentarischen Ablauf garantiert, das, so denke ich, darf hier zumindest bezweifelt werden.

(Edgar Moron [SPD]: Nein, das haben wir schon verabschiedet!)

(B) Wir als Parlamentarier sollten uns dieser Frage auch insofern etwas mehr widmen, weil das einen Hintergrund hat. Dieser Hintergrund ist schlichtweg die Aussage des Finanzministers, er könne insbesondere die 2. Ergänzungsvorlage erst so spät hier in die Beratungen einspeisen, weil er auf die Novemberschätzung warten müsse, weil sie mit berücksichtigt werden müsse.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das ist überall so!)

Meine Damen und Herren, dann sollten wir hier in diesem Raum auch die Wahrheit sagen: Berücksichtigt worden sind in dieser 2. Ergänzungsvorlage von der Novemberschätzung nur zwei Sätze, denn ganze zwei Sätze haben Auswirkungen auf die Ergänzungsvorlage gehabt, auf die wir Wochen gewartet haben, die uns hier in den Beratungsdruck gebracht haben.

(Zuruf des Reinhold Trinius [SPD])

Der ist unnötig, wird allen nicht gerecht und macht uns unnütze Probleme. Meine Damen und Herren, nehmen Sie mir das vielleicht auch als Parlamentarier ab: Es wäre gut, wenn wir, falls

wir uns selbst ernst nehmen, dieses Problem nicht so leichtfertig betrachten würden.

(Brigitte Speth [SPD]: Das sagen ausgerechnet Sie!)

Ich unterstelle dem Finanzminister nicht, daß es sein Ziel und seine Absicht war, uns in diesen Druck zu bringen. Aber wenn eine Ergänzungsvorlage tatsächlich eines solchen Aufwands bedurfte und vor allem solch einer zeitlichen Verzögerung, dann hätte ich erwartet, daß die Koalitionsfraktionen ordentliche Beratungsspielräume ermöglicht hätten.

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Das haben sie getan!)

Das hätte ich nicht unserer selbst willen eingefordert, sondern insbesondere wegen der Betroffenen, die nämlich auf die Zeichen und die Gelder dieses Landes warten.

(Zuruf der Brigitte Speth [SPD])

Ich sage Ihnen: Die Betroffenen, die Bürger draußen, sind die Leidtragenden, und auf deren Rücken machen Sie hier Politik. Das kann nicht weiter hingenommen werden.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: War Ihre Fraktion daran beteiligt oder nicht?)

Meine Damen und Herren, ich denke und ich hoffe, daß dies die letzten zeitgedrungenen Beratungen waren, die wir durchgeführt haben. Wenn wir uns wirklich für ernst nehmen wollen, vor allen Dingen, Herr Dammeyer, wenn wir draußen noch für ernst genommen werden wollen, wir als Parlament, wir als Politiker,

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

dann rate ich Ihnen als neuem Fraktionsvorsitzenden: Geben Sie diesem Landtag als Souverän mehr Beurteilungsspielräume. Geben Sie uns die zeitlichen Möglichkeiten, die Auswirkungen eines Haushaltsplanentwurfs auch ordentlich zu beraten. Das war hier nicht möglich, und die Spuren haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Sind sie denn jetzt vom Himmel gefallen?)

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

(A) Ich bedanke mich bei allen, die dazu beigetragen haben, daß der Haushalt überhaupt noch so eingebunden wurde. Ich bedanke mich insbesondere beim Gutachterdienst, bei allen Beamten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns als Parlament geholfen haben, das in diesem Zeitdruck über Nacht noch zu schaffen. Herzlichen Dank an alle, die uns unterstützt haben!

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Jetzt kommen Ihre Deckungsvorschläge!)

Nun zu den Inhalten! Herr Trinius, das erste Problem, das dieser Haushalt birgt, besteht in der Einnahmeseite. Die Einnahmeseite wird in der Zwischenzeit insbesondere durch die rot-grüne Koalition in der Substanz gefährdet. Das geht aus von Bonn. In Bonn gefährdet die rot-grüne Koalition auch die Einnahmeseite dieses Landes durch die unseligen Beschlüsse beim Kindergeld und durch die absurde Regelung zur 620-DM-Beschäftigung.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Politik, die Ihre Handschrift trägt. Das läßt nichts anderes zu als die Aussage, daß hier ein Chaos hoch zwei produziert wird.

(B) (Beifall bei der CDU)

Es gibt Chaos hier im Land und Chaos in Bonn. So wollen Sie eine Steuerpolitik betreiben, die diesen Namen noch wert ist?

Wenn wir uns über die Steuerpolitik unterhalten, mögen Sie möglicherweise die CDU nicht ernst nehmen. In Bonn aber, so habe ich vernommen, hat man den Sachverständigenrat eigentlich immer ernst genommen. Der Sachverständigenrat hat Interessantes ausgesagt. Er hat erstens erklärt, daß die Politik der Verbesserung der Angebotsbedingungen die Politik sein muß, wenn man beschäftigungsorientierte Maßnahmen in die Politik einbringen will.

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Diegel, sind Sie bereit, eine Frage von Frau Dedanwala zu beantworten?

Helmut Diegel (CDU)*: Gern.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte!

(C) **Vera Dedanwala (SPD):** Herr Diegel, ich will noch einmal nachfragen: Haben Sie eben in der Tat den Beschluß zur Erhöhung des Kindergeldes als einen unseligen Beschluß der Bonner Koalition bezeichnet?

Helmut Diegel (CDU)*: Frau Dedanwala, ich sehe als unselige Politik an, daß Sie Versprechungen machen, mit denen Sie auf der einen Seite der Bevölkerung zum Beispiel durch das Kindergeld suggerieren, es komme mehr Geld in die Taschen der Bürger, aber auf der anderen Seite verschweigen, daß die Bürger dies auch finanzieren müssen. Sie nehmen es den gleichen Bürgern mit der Diskussion über eine Mehrwertsteuererhöhung wieder aus den Taschen.

(Beifall bei der CDU)

Das halte ich für eine unselige Politik, um das ganz konkret auf den Punkt zu bringen.

Lassen Sie uns aber wieder dem Sachverständigenrat zuwenden: Der Sachverständigenrat spricht davon, daß eine Angebotspolitik und nicht die keynesianische Politik über eine Verstärkung der Nachfrage, wie Sie von Herrn Lafontaine gepredigt wird, greifen muß. Das ist die erste Ohrfeige für die Steuerpolitik dieser rot-grünen Bundesregierung.

(Zuruf des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Der Sachverständigenrat sagt zweitens wortwörtlich, die vorgelegte Steuerreformkonzeption greife zu kurz, sie belaste und entlaste nicht den Mittelstand.

Drittens beschäftigt sich der Sachverständigenrat mit der ökologischen Steuerreform und bringt es klipp und klar auf den Nenner, indem er erklärt, daß es absoluter Unsinn ist, wenn ein Land in Europa glaubt, dieses Thema allein anpacken zu können.

(Friedrich Schepsmeier [SPD]: Von der Ökosteuer wollen Sie sowieso nichts wissen!)

Das ist die Einschätzung des Sachverständigenrates, den Sie bisher immer zitiert haben. Der Sachverständigenrat spielt aber bei den jetzigen Beratungen zur steuerpolitischen Seite offensichtlich keine Rolle mehr. Damit müssen Sie leben. Sie sind hier in Düsseldorf und Sie sind in Bonn in der Verantwortung. Ich denke, Sie werden sich damit auseinandersetzen müssen.

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Wie sieht die Steuerschätzung für das Land Nordrhein-Westfalen aus? - Wir wissen durch die Steuerschätzung, die der Herr Finanzminister mit zwei Sätzen in die 2. Ergänzungsvorlage aufgenommen hat, daß Nordrhein-Westfalen mit einem Minus von mindestens 200 bis 300 Millionen DM an den Mindereinnahmen beteiligt ist. Ich halte es nicht für redlich, dieses Problem so knapp zu behandeln und so verächtlich beiseite zu schieben und zu erklären, es sei kein Problem. Wir werden im nächsten Jahr erleben, daß dies ein Problem werden wird.

(Reinhold Trinius [SPD]: Deshalb stellen Sie ungedeckte Anträge über 1,6 Milliarden!)

Aber nicht nur die Einnahmeseite, Herr Trinius, sondern auch die Ausgabenseite ist problematisch. Bei der Ausgabenseite finde ich höchst interessant, daß Sie, Herr Finanzminister, was ich überhaupt nicht nachvollziehen kann, beim Länderfinanzausgleich, bei dem wir eines der größten Zahlerländer sind, keinen Handlungsbedarf sehen. Die Länder Bayern und Baden-Württemberg klagen gegen diesen Länderfinanzausgleich. Selbst die rot-geführte Landesregierung aus Hessen beschreitet in der Zwischenzeit den Klageweg. Und was tut das größte Zahlerland in der Bundesrepublik Deutschland? - Es sitzt stumm herum. Meine Damen und Herren, das tut einem weh, wenn man weiß, welche Probleme uns in Nordrhein-Westfalen drücken. Ich halte das nicht für eine sachgerechte Entscheidung, Herr Finanzminister. Wenn Sie glauben, das Problem aussitzen zu können, sage ich Ihnen, daß spätestens die Gerichte etwas anderes dazu erklären werden.

(B)

Ich denke, Sie wissen am allerbesten, was Sie hätten tun müssen. Sie hätten zum Beispiel Ihre Ausgaben viel besser kontrollieren müssen. Wir als Opposition sind zur Zeit zum Beispiel im HDO-Ausschuß dabei zu klären,

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

wie schlampig und rechtswidrig Sie mit Bürgschaften und Zuschüssen umgegangen sind.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Forderungen sind klipp und klar: In Nordrhein-Westfalen muß investiert werden. Es gibt einen Investitionsstau von schätzungsweise 6 bis 8 Milliarden DM. Wir sind der Meinung, daß ca. 10 % dieser Summe, also 800 Millionen DM, ab 1999 hierfür eingestellt werden müssen. Wir versprechen uns davon, daß damit ein erster Schritt in die richtige Richtung getan wird. Wir

fordern Sie auf, ernsthaft über unseren Vorschlag nachzudenken. (C)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Diegel, würden Sie eine Frage vom Kollegen Dr. Bajohr beantworten?

Helmut Diegel (CDU)*: Ich würde das gern tun, wenn das nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Präsident Ulrich Schmidt: Das kann ich nicht zuzusagen.

Helmut Diegel (CDU)*: Ich habe nämlich schon keine Redezeit mehr.

(Minister Heinz Schleußer: Es war auch genug!)

Herr Präsident, lassen sich mich aber noch eine abschließende Bemerkung machen: Die CDU-Fraktion ist der Meinung, daß Nordrhein-Westfalen den Anschluß nicht verlieren darf. Wir müssen auch in den Bereichen umschichten, wo es notwendig ist. (D)

(Reinhold Trinius [SPD]: Ach was!)

Wir treten entschieden Kürzungsmaßnahmen zum Beispiel im Kindergartenbereich entgegen.

(Zuruf der Gisela Nacken [GRÜNE])

Frau Nacken, ich darf zum Abschluß sagen: Heute morgen hat meine Kollegin Frau van Dinther einen für mich bestürzenden Anruf aus Siegen bekommen: In Siegen werden zum 31. Dezember von den 500 Kindergärtnerinnen 450 entweder entlassen, oder deren Arbeitszeiten werden bis auf 14 Stunden gekürzt.

(Ernst-Martin Walsken [SPD] winkt ab.)

Meine Damen und Herren, so sehen Ihre Weihnachtsgeschenke für die Menschen in diesem Lande aus.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Diegel!

(A) **Helmut Diegel (CDU)***: Noch viel schlimmer ist in meinen Augen - Herr Präsident, ich komme zum Schluß -, daß Sie es noch nicht einmal für nötig halten, Gespräche mit den betroffenen Personen zu führen. Ein Beispiel: Gesprächstermine werden mit der Ministerin Fischer und der Abgeordneten Krauskopf angesetzt und am gleichen Tag wieder abgesagt. So gehen Sie mit den Menschen in diesem Lande um. Gleiches gilt für die Rennsteuer und die Kindergärten, das gilt für alle Betroffenen in diesem Land. Das ist ein unseliger Stil, den wir nicht mitmachen. Wir fordern Sie dringend auf, das zu ändern.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank! - Das Wort hat der Abgeordnete Siekmann für die SPD-Fraktion. Bitte schön!

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

Erwin Siekmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn zu den Ausführungen von Herrn Diegel drei Anmerkungen machen:

(B) Als erstes zum Verfahren! Es hat mich schon sehr stutzig gemacht, daß Sie zwar das Verfahren kritisieren, gleichzeitig aber den Herrn Finanzminister in Schutz nehmen und sagen, er hätte die Auswirkungen der Steuerschätzung nicht eher wissen können; darum sei die Erstellung der Vorlage auch erst zu diesem Zeitpunkt möglich gewesen. Weil die Vorlage verspätet kam, hatten wir uns im Ältestenrat darauf verständigt, einige Termine neu festzusetzen.

Außerdem erscheint mir Ihre Aussage unlogisch, den Bürgern werde dadurch Geld vorenthalten, daß jetzt so schnell beschlossen wird. Genau das Gegenteil ist der Fall: Wäre es so passiert, wie Sie das angedeutet hatten, der Landeshaushalt nämlich möglicherweise erst im Januar verabschiedet worden, hätten die Mittel natürlich auch erst zu einem späteren Zeitpunkt fließen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Im übrigen noch einmal: Der Ältestenrat hat die Aufgabe, in solchen Problemfällen möglichst zu einem einvernehmlichen Ergebnis zu gelangen. Ein solches Ergebnis ist erzielt worden.

(C) Als zweites möchte ich etwas bezüglich Ihrer Wortwahl zum Kindergeld anmerken: Gerade in einer solchen Frage bitte ich Sie ganz herzlich darum, sich in Zukunft doch einer anderen Wortwahl zu befeißigen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Als drittes geht es um das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder. In diesem Zusammenhang haben Sie gesagt, die Abgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses, Frau Krauskopf, habe absichtlich und ohne besondere Begründung einen vereinbarten Termin abgesagt. Ich bitte Sie darum, eine solche Behauptung nicht einfach in den Raum zu stellen, ohne vorher mit der Abgeordneten und der Ministerin gesprochen zu haben, um die Gründe für deren Handeln zu erforschen.

Außerdem erscheint mir Ihre Angabe, daß von 500 Arbeitsplätzen 450 aufgegeben werden müßten - was wir noch nicht einmal im Ansatz haben prüfen können -, höchst unwahrscheinlich und leichtfertig.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Minister Heinz Schlußer: Mit Sicherheit falsch!)

(D) Ich möchte jetzt zur eigentlichen Aufgabe kommen und mich mit den Einzelplänen 12 und 20 sowie den beiden Gesetzen befassen. Zunächst einige wenige Anmerkungen zum Einzelplan 12:

Das Volumen beträgt 3,2 Milliarden DM. Dabei handelt es sich überwiegend, nämlich zu etwa 86 Prozent, um Personalkosten. Nordrhein-Westfalen unternimmt große Anstrengungen, die Möglichkeiten der Datenverarbeitung zu nutzen. In besonderem Maße gilt das für das Finanzministerium. Auch 1999 sind die notwendigen investiven Mittel im Haushalt eingestellt. Die Gründe für die verstärkte Nutzung der Datenverarbeitung liegen auf der Hand: Die Arbeiten können schneller, besser, wirtschaftlicher, genauer und kundenfreundlicher erledigt werden.

Damit keine Steuereinnahmen verlorengehen, ist zwischenzeitlich bei der Steuerverwaltung zusätzliches Personal notwendig geworden. In einem Gespräch mit dem Landesverband Nordrhein-Westfalen der Deutschen Steuergewerkschaft hat der Finanzminister am 07.12.1998 folgende Vereinbarung getroffen - mit Zustimmung des Präsidenten zitiere ich auszugsweise -:

(Erwin Siekmann [SPD])

(A) "Das Ministerium wird dem Landtag Nordrhein-Westfalen vorschlagen, über die Bedarfszahlen der Ergänzungsvorlage hinaus"

- das waren schon 200 Einstellungsermächtigungen im gehobenen sowie 75 im mittleren Dienst -

"weitere 60 Einstellungsermächtigungen im gehobenen und 25 im mittleren Dienst im Landeshaushalt 1999 auszubringen."

Die SPD-Fraktion begrüßt diese dringend notwendige Personalverstärkung und geht davon aus, daß ein entsprechender Antrag in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 14.12.1998 und im Plenum in der dritten Lesung beschlossen wird.

Ergänzend mache ich noch darauf aufmerksam, daß der Unterausschuß "Personal" beschlossen hat, sich zu Beginn des Jahres 1999 mit der Situation im mittleren Dienst der Landesverwaltung zu beschäftigen. Er bittet die Landesregierung darum, den Mitgliedern des Unterausschusses die zugesagte Vorlage noch im Januar 1999 vorzulegen. Im übrigen wird der AStA dem Unterausschuß "Personal" Anfang 1999 über den Stand der Organisationsuntersuchungen und die Realisierungsmöglichkeiten bei den kw-Vermerken berichten.

(B) Nun einige Anmerkungen zum Haushaltsgesetz und zur Allgemeinen Finanzverwaltung für das Haushaltsjahr 1999, also zum Einzelplan 20: Verkürzt gesagt, ist der Haushalt die in Zahlen ausgedrückte Politik. Das heißt: Bei der Aufstellung des Haushalts sind die politischen Prioritäten zu berücksichtigen. Natürlich sind die Mittel für die notwendige und wirtschaftliche Aufgabenerledigung einzustellen. Wichtigste Aufgabe bleibt, Arbeitsplätze zu schaffen und soziale Gerechtigkeit anzustreben. An diesen Prioritäten muß sich der Haushalt messen lassen.

Die finanziellen Möglichkeiten des Landes dürfen nicht aus dem Blick geraten. Das Gebot der Stunde lautet auch: Haushaltskonsolidierung, mittelfristige Senkung der Kreditermächtigungen! Und der Abbau der Schulden muß ein anzustrebendes Ziel sein und bleiben. Zu beachten ist dabei, daß für den zu erwartenden starken Anstieg der Pensionslasten über die jetzt schon geltenden Vorschriften hinaus rechtzeitig Vorsorge getroffen wird. Es wäre unverantwortlich, die Schulden- und die Pensionskostenlast ohne Wenn und Aber

an die folgende Generation zur Erledigung weiterzugeben. (C)

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Dabei muß gewährleistet sein, daß für die Landesregierung und das Parlament die dringend notwendigen Gestaltungs- und Handlungsspielräume erhalten bleiben und zusätzliche geschaffen werden.

Auf die Einnahmeseite hat das Land kaum direkten Einfluß. Natürlich wird die Einnahmeseite indirekt und die Ausgabenseite direkt durch den Abbau von Arbeitslosigkeit und die Zunahme von Arbeitsplätzen positiv beeinflusst. Darum gilt es selbstverständlich auch aus rein fiskalischen Gründen, hier unsere Anstrengungen zu konzentrieren.

Bei der aktuellen Steuerrückblick muß für unser Land gelten: Steuerausfälle durch Änderung gesetzlicher Vorschriften kann das Land nicht verkraften. Wo solche Steuerausfälle anfallen, muß der Bund für eine ausreichende Kompensation sorgen. Das gilt im übrigen natürlich auch für die Steuerausfälle im Zusammenhang mit der Neuregelung der 620-DM-Arbeitsverhältnisse. Wir dürfen nicht zulassen, daß - wie in der Vergangenheit häufig geschehen - vom Bund Aufgaben dem Land übertragen werden, ohne daß die entsprechenden Mittel hierfür zur Verfügung gestellt werden. Die Stichworte hierzu lauten: "aktuelle Erhöhung des Kindergeldes" und "allgemein strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips". (D)

Zur Einnahmeseite des Haushalts sei nur noch der guten Ordnung halber und mit Blick auf die CDU darauf hingewiesen, daß Vermögensveräußerungen nie ein Allheilmittel zur Deckung von Haushaltsdefiziten sind.

Zur Ausgabenseite noch ein Wort zu den Personalkosten: Die Personalkostenquote muß auch langfristig unter 40 % des Haushaltsvolumens und unter 50 % der Steuereinnahmen gehalten werden. Erforderlich ist eine zügige und noch zu beschleunigende Organisationsuntersuchung und eine noch schnellere Realisierung der kw-Vermerke. Nach Auffassung der SPD-Fraktion werden der vorgelegte Einzelplan 20 und das Haushaltsgesetz unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungs- und Ergänzungsanträge dieser Forderung gerecht.

Ich fasse zusammen: Der jetzt vorliegende Haushalt ist in Einnahmen und Ausgaben ausgegli-

(Erwin Siekmann [SPD])

(A) chen. Er ist solide finanziert. Er trägt den politischen Prioritäten Rechnung. Aber unsere Anstrengungen müssen in den Folgejahren noch verstärkt werden, damit wir zu einer Verringerung der Kreditermächtigungen und auch zu einem Abbau unserer Schulden kommen. Außerdem muß angemessene Vorsorge für die ansteigenden Pensionslasten getroffen werden.

Nun noch einige Worte zu den CDU-Anträgen! Die Anträge begehren ein zusätzliches Ausgaben-volumen in Höhe von 1,3 Milliarden DM. Um sich ein Bild von der Größenordnung dieser Summe zu machen, weise ich darauf hin, daß mit diesem Betrag z. B. 20 000 Vollzeitbeschäftigte bei der Landesverwaltung ein Jahr lang beschäftigt werden könnten. Unter anderem sollen 1 373 neue Stellen geschaffen werden, die nicht nur den Haushalt 1999, sondern auch die Haushalte der Folgejahre belasten würden. Das Ausgabenbegehren der CDU ist ohne jeden Deckungsvorschlag. Das bedeutet: Die CDU fordert eine Nettokredit-ermächtigung für diesen Betrag.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Das ist weder finanzpolitisch noch verfassungsrechtlich zulässig.

(B) (Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Nach meiner Auffassung hat die Opposition die Verpflichtung, seriöse Anträge zu stellen. Anträge ohne realistische Deckungsvorschläge sind aber ohne Zweifel nicht seriös. Sie sind nichts anderes als populistisches Klappern ohne jegliche Substanz.

(Beifall bei der SPD)

Im Haushalts- und Finanzausschuß hatte die CDU noch folgende Deckungsvorschläge unterbreitet: 800 Millionen DM globale Minderausgabe und 800 Millionen DM Vermögensveräußerungen. Diese Deckungsvorschläge - und das weiß auch die CDU - erfüllen nur die formalen Voraussetzungen, keinesfalls aber haben sie rechtliche oder politische Substanz. Sollten diese Deckungsvorschläge aus diesen Gründen im Plenum nicht mehr beantragt worden sein, ist die Einsichtsfähigkeit der Opposition zwar zu loben; aber das Trauerspiel wird hierdurch nicht besser. Zweifel an der Ernsthaftigkeit der CDU-Anträge sind darum mehr als angebracht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zum Abschluß möchte ich noch einige wenige Sätze zum Haushaltssicherungsgesetz sagen. In

(C) den Haushaltsberatungen wurden zwar noch einige Änderungen vor allem im Bereich der Beihilfen und der Schülerfahrkosten vorgenommen; dennoch bleibt ein Gesetz, das die Kommunen zusätzlich belastet und Einschränkungen im Bereich der Schülerfahrkosten, der Beihilferegulungen und der Beamtenbesoldung bewirkt. Die Proteste der Betroffenen sind verständlich. Der Opposition sei aber gesagt: Wer diese Einschränkungen nicht möchte, muß Vorschläge machen, wo der Betrag von rund 800 Millionen DM denn an anderer Stelle erwirtschaftet werden soll. Dies ist jedoch nicht geschehen.

Die Veränderungen im Beihilferecht orientieren sich im übrigen an den Zuzahlungsregelungen der gesetzlichen Krankenversicherung und den durchgeführten oder geplanten Regelungen in anderen Bundesländern. Bei der Schülerfahrkostenscheidung hat die zuständige Fachministerin, Frau Behler, eindrucksvoll nachgewiesen, daß Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern keinesfalls geringere finanzielle Leistungen im Bereich der Ersatzschulen erbringt.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU ist verbal für eine Haushaltskonsolidierung. Sie ist verbal für eine Senkung der Nettokreditaufnahme. Aber ihr praktisches Handeln steht in einem krassen Mißverhältnis zu den allgemeinen Bekundungen.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klöse: Herr Kollege Siekmann, ich muß Sie auf das Ende Ihrer Redezeit aufmerksam machen.

Erwin Siekmann (SPD): Wer Regierungsverantwortung wahrnimmt, muß notwendige, auch unpopuläre Entscheidungen nach gründlicher Abwägung aller Argumente sachgerecht treffen. Ich betone noch einmal: Wer Prioritäten in der Politik setzt, muß wissen, daß dies an anderer Stelle zu Einschränkungen führt, wenn man nicht zusätzliche Einnahmen hat oder zusätzlich Schulden machen will. Das kleine Einmaleins ---

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klöse: Ich muß Sie jetzt ernsthaft bitten!

Erwin Siekmann (SPD): Der letzte Satz, Herr Präsident, wenn Sie erlauben! - Das kleine Einmal-

(Erwin Siekmann [SPD])

(A) eins muß man nicht nur beherrschen, man muß es bei seinen politischen Entscheidungen auch angemessen berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Stimmen Sie dem Einzelplan 12, dem Einzelplan 20, dem Haushaltsgesetz und dem Haushaltssicherungsgesetz zu. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Sagel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Steuerschätzungen hin, Steuerschätzungen her, Herr Diegel: Es geht darum, die Zeichen der Zeit zu erkennen, und Sie haben sie offensichtlich noch nicht erkannt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Für uns, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, heißt das, in der Haushalts- und Finanzpolitik einen vernünftigen Sparkurs fortzusetzen, ohne daß notwendige Reformen verhindert werden. Für uns heißt das auch, weiter dafür zu sorgen, daß die Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen nicht völlig auseinanderläuft und die Verschuldung gesenkt wird. Wesentliches Ziel muß es sein, die Handlungsfähigkeit des Landes NRW zur Ausgestaltung sozialer und ökologischer Reform- und arbeitsplätze-schaffender Politik zu sichern.

Schauen wir uns einmal die CDU-Anträge an! Wenn man sie sich genauer ansieht, wird man feststellen, daß die im Rahmen der Haushaltsberatungen in NRW gemachten Vorschläge nur Ausdruck einer völlig desolaten Finanzpolitik sind, die auch auf Bundesebene eine ganze Zeit gemacht wurde und dort letztlich eine gnadenlose Abfuhr erhalten hat. Herr Diegel, wer eine völlig unhaltbare Kürzung der globalen Minderausgabe um 800 Millionen DM fordert und dies allein für Maßnahmen konsumtiven Charakters investieren will, der handelt nicht nur völlig überzogen und unseriös, sondern hat offensichtlich von einer soliden Finanzpolitik überhaupt keine Ahnung.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

(C) Insbesondere im konsumtiven Bereich gilt es, die knappen Mittel sparsam und effektiv einzusetzen. 1,3 Milliarden DM mehr und 1 373 Stellen - das ist, Herr Diegel, substanzloser Populismus. Wer zudem weiter am Verkauf von Landeseigentum, dem Tafelsilber, festhält, wie es die CDU-Fraktion macht - Eigentum, das sich nur einmal veräußern läßt -, will auch keine vorausschauende und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanzpolitik betreiben

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

und hat sich offensichtlich in der Opposition auf Dauer eingerichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Finanzvorschläge lassen nur ein Fazit zu: "Über den Wolken muß die Freiheit wohl grenzenlos sein." Die CDU hat die Bodenhaftung jetzt endgültig verloren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Die GRÜNEN haben einen Vorschlag gemacht, durch eine globale Minderausgabe bei den sächlichen Verwaltungskosten 100 Millionen DM einzusparen. Dieser Vorschlag hat im Gegensatz zu dem der CDU eine realisierbare Grundlage:

(Beifall des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

(D) Er nimmt die Aufstockung von 86 Millionen DM zu 1998 zurück und ist ein praktikabler und auch akzeptabler Einsparvorschlag. Wir hätten uns gewünscht, daß unser Koalitionspartner SPD etwas mutiger gewesen wäre, um hier vorhandene Mittel für solide Reformprojekte einzusetzen. Daß letztlich nur gut 44 Millionen DM zur Umverteilung bereitstehen, greift in dieser Problematik zu kurz und kann uns nicht genügen.

Es kann uns auch nicht genügen, was als Ergebnis bei der Schülerfahrkostenerstattung herausgekommen ist. Wir haben gestern den Protest hier vor dem Landtag erlebt. Unsere Fraktion hatte beschlossen, die Kürzung der Schülerfahrkosten für sämtliche Ersatzschulen eigener Art, wie Waldorf, Montessori und freie Schulen, zurückzunehmen. Wir haben dafür konkrete Vorschläge unterbreitet. Auf unseren Vorschlag ist die SPD allerdings nicht eingegangen. Wir finden es schade, daß nur die Fahrkostenerstattung bei Sonder-schulen ausgenommen worden ist.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Wie bedauerlich!)

Die Haushaltslage, die zum ersten Mal seit 1981 zu einem Haushaltssicherungsgesetz geführt hat,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- (A) ist mehr als ein deutliches Indiz, daß wir in einer problematischen Situation sind. Doch wir meinen, daß uns Finanzpolitik mit Augenmaß in der Frage der Schülerfahrkostenerstattung auch andere Möglichkeiten gegeben hätte. Die SPD ist für die jetzt eingetretene Situation verantwortlich.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Die Finanzkrise zwingt die Landesregierung, im Haushalt 1999 ---

(Unruhe - Glocke)

Die Finanzkrise zwingt die Landesregierung, im Haushalt 1999 gravierende Sparmaßnahmen vorzunehmen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke)

- Nun hören Sie doch einmal zu! Oder gefällt Ihnen das alles nicht, was Sie hören?

(Reinhold Trinius [SPD]: Die genießen Ihre schwarz-grünen Beiträge!- Weitere Zurufe von SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, der Herr Kollege Sagel hat das Wort, und die anderen haben es nicht.

(B)

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Wir sind in einer schwierigen Situation. Wir müssen 1999 gravierende Sparmaßnahmen vornehmen. Allein das Haushaltssicherungsgesetz kürzt die Ausgaben um rund 800 Millionen DM.

Es ist nicht zu erwarten, daß sich die Finanzlage des Landes in allernächster Zeit entscheidend verändern wird. Wir werden deshalb unseren Kurs der Haushaltskonsolidierung vor allem aus eigenen Kräften weiter gestalten müssen, wir werden weiter Sparpolitik betreiben müssen, aber wir müssen das an der richtigen Stelle tun. Wir werden daher vor allem auch in der Frage der Schulden zu effektiveren Schritten als bisher kommen müssen.

Die Nettoneuverschuldung wird sich bei einem 91-Milliarden-DM-Haushalt um weitere 7,4 Milliarden DM erhöhen, immerhin ein Minus von 2,6 % zum Vorjahr. Doch in den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein gigantischer Schuldenberg von mittlerweile über 140 Milliarden DM aufgetürmt. 147 Milliarden DM Schulden - das sind fast 50 Milliarden DM mehr als das Haus-

haltsvolumen von 1999. Dafür müssen allein im kommenden Jahr über 8,6 Milliarden DM an Zinsen gezahlt werden. Die geplante Nettokreditaufnahme von 7,4 Milliarden DM fließt also rein rechnerisch vollständig in den Schuldendienst. Wir müssen und wir werden weiter darauf drängen, die Nettoneuverschuldung kontinuierlich abzubauen.

(C)

Wenn wir den Zinsendienst nicht hätten, könnten wir heute und morgen Leistungen erbringen. Das muß das Ziel sein, dem muß unsere gesamte Kraftanstrengung gelten.

Zukunftsfähige Politik gestalten heißt in der Finanzpolitik, den Reformkorridor zu vergrößern. Das kann man nur durch einen schrittweisen Schuldenabbau tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können es uns nicht leisten, die Grundlage zukünftiger Generationen schon heute zu verfrühen, und werden das auch unseren nachfolgenden nicht erklären können.

Mein Fazit zu diesem Haushaltsgesetz 1999 und den Einzelplänen 12 und 20: Von einem Gegenentwurf eines Haushaltskonzepts ist bei der CDU wirklich nichts zu erkennen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(D)

Weder wird bei der CDU eine mittelfristige Strategie zur Haushaltskonsolidierung noch werden konkrete Reformschritte deutlich. Die Opposition verharnt konzept- und ideenlos in Apathie.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: So ist es!)

Kritik haben wir aber auch an unserem Koalitionspartner SPD. Es gehören mehr Mut und Anstrengungen dazu, den Reformkorridor zu erweitern und NRW weiter nach vorn zu bringen.

(Zurufe von der SPD)

- Sehr richtig! Man muß auch Kritik in beide Richtungen üben.

Für unsere Fraktion kann ich feststellen: Wir werden uns in unserem zukunftsorientierten Weg nicht beirren lassen. Unsere Vorschläge beweisen Augenmaß für das Machbare, aber auch Sinn für das Notwendige. Wir wollen und werden am Konzept der Sicherung der finanziellen Ressourcen festhalten und gehen weiter voran im Sinne einer ökologischen und sozialen Erneuerung NRWs. Dafür stehen wir!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile Herrn Finanzminister Schleißer das Wort.

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mit großem Interesse gehört, Herr Kollege Sagel, daß Sie Ihre Haushaltsplanberatungen des nächsten Jahres umstellen werden: Sie werden die Konsolidierung deutlicher in den Vordergrund rücken, und Sie werden Vorschläge für eine Gegenfinanzierung machen, die solide ist.

(Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Das haben wir immer getan!)

Es gibt sicherlich unterschiedliche Auffassungen darüber, ob Ihre Gegenvorschläge wirklich einer soliden Finanzierung dienen. Ich wäre nicht darauf gekommen, wenn Sie nicht gesagt hätten, die CDU mache unsolide Vorschläge bezüglich der globalen Minderausgabe, und Sie würden auch Gegenvorschläge im Rahmen von 100 Millionen DM machen, aber diese seien solide. - Ich sage Ihnen: Es tut mir leid, aber Ihr Gegenvorschlag ist genauso unsolide wie der der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(B) Sie wissen auch: Damit überhaupt eine Ausgabe von 60 Millionen DM solide finanziert werden konnte, mußte diese globale Minderausgabe nicht nur auf die Hauptgruppen 51 bis 54, sondern auf die Hauptgruppe 5 erweitert werden. Sonst hätte ich auch hier sagen müssen: Selbst diese 60 Millionen DM sind nicht solide finanziert. Das ist aber nun einmal so.

Ich freue mich auf das nächste Jahr und die nächsten Haushaltsplanberatungen, die dann ja zügig verlaufen werden. Sie wissen nämlich - dafür bin ich bekannt -, daß ich nie lange darum streite, wenn Sachausgaben solide gedeckt werden, und zwar überwiegend aus den eigenen Ressortausgaben.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, ich darf Sie einmal unterbrechen. Möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Klein zulassen?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Die Uhr läuft zwar schnell, aber ich lasse die Frage zu.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön! (C)

Volkmar Klein (CDU): Herr Finanzminister, können Sie uns denn bestätigen, daß Sie selbst mit diesem gleichen "unsoliden Mittel" annähernd 1 Milliarde DM in einem der letzten Haushalte zu decken versucht haben?

Heinz Schleißer, Finanzminister: Herr Kollege, ich weiß, wie die Haushalte aussehen. Wenn Sie einen Haushalt über mehrere Jahre zumindest außerhalb der Personalausgaben nach unten fahren, reduzieren und keine Steigerung zulassen, dann haben Sie letztendlich ein Gerüst, das keine weiteren globalen Minderausgaben in nennenswerter Größenordnung verkräftet; das habe ich Ihnen belegt. Sie werden nicht feststellen können, daß die Landesregierung zum rechtlich zulässigen Instrument der globalen Minderausgabe beim Haushalt 1999 gegriffen hat. Dies wäre nämlich nicht mehr gegangen; das ist der Punkt.

(Volkmar Klein [CDU]: Das war ein verkläuseliertes deutliches Ja auf meine Frage!)

- Nein, Sie müssen es mir schon überlassen, wie ich die Antworten formuliere, die ich Ihnen gebe. Ich gebe sie nicht so, wie Sie es gerne hätten, damit Sie mit ihnen agitieren können. (D)

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Diegel, natürlich haben wir die Steuerschätzung abgewartet; das haben auch die Kollegen Siekmann und Sagel klargestellt. Das ist doch nichts Neues. Wir haben die Ergänzungsvorlage immer erst nach der Steuerschätzung des Herbstes eingebracht; das war so üblich.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das geht auch gar nicht anders!)

Ich bin ja heilfroh, aber Sie sagen, ganze zwei Änderungen seien berücksichtigt worden. Ich habe gedacht, Sie würden sich mit mir freuen, daß aufgrund der Steuerschätzung nicht wiederum Korrekturen nach unten vorgenommen werden mußten. Wie hätten wir denn das noch einmal verkräften sollen?

(Beifall bei der SPD)

Nun sagen Sie, die Einnahmen seien in der Vergangenheit nie gefährdet gewesen. Sie seien erst jetzt quasi prophylaktisch gefährdet, weil es eine neue Bundesregierung und eine neue Mehrheit im

(Minister Heinz Schleußer)

(A) Bundestag gebe. - Erinnern Sie sich nicht daran, daß Sie mich noch 1995 angegriffen und gesagt haben, es sei zu vorsichtig, was auf der Einnahmeseite steht?

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Es geht um die jetzige Steuerreform. Das ist ein Unterschied, Herr Minister!)

- Kollege Linssen, hören Sie doch wenigstens einen Moment zu. Ich wollte es Ihnen doch erklären.

Sie reden von perspektivischen Steuerausfällen. Wir haben konkret diejenigen erlebt, die auf Ihre Politik zurückzuführen waren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Haben Sie denn vergessen, daß uns von der Steuerschätzung Mai 1995 bis zur Steuerschätzung Mai 1998, in drei Jahren also, alleine für 1999 fast 10 Milliarden DM abhanden gekommen sind? - Jetzt reden Sie vom Kindergeld und vom 620-DM-Gesetz. Für die 620-DM-Regelung, Herr Kollege Linssen, gibt es längst eine Lösung.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ja, eine weitere Mehrwertsteuererhöhung!)

(B) - Nein, erzählen Sie doch nicht solch einen Unsinn! Ich werde Ihnen detailliert belegen, daß die Finanzierung der 620-DM-Regelung gelöst ist. Nicht geregelt hingegen - das sage ich genauso deutlich - sind die Aufstockung des Kindergeldes sowie die Altlasten beim Kindergeld.

Sie wissen auch, daß der Kollege Waigel gegenüber den Ländern bis 1998 mit 6 Milliarden DM im Rückstand war, was die Finanzierung des Kindergeldes anging. Wissen Sie, was der gesagt hat: "Es ist zwar richtig, daß die Länder 6 Milliarden DM Forderungen an den Bund haben, aber ich habe aufgrund der Deckungsquote mindestens 10 Milliarden DM Gegenforderungen." Oskar Lafontaine hält dieses Argument seines Kollegen für so plausibel, daß er es übernommen hat.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Jetzt wird es noch schlimmer!)

- Aber Sie sehen doch: Das ist die alte Geschichte, die die neue Bundesregierung teilweise übernimmt. Ich finde es zwar nicht so gut, zu welcher Auffassung sie gelangt, aber wir können auch die Deckungsquote errechnen, und wir kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

(C) Ich wäre wirklich versucht, etwas zur Steuerreform zu sagen, will mir das aber ersparen; denn ich bin davon überzeugt, daß das, was mit der Steuerreform gemacht wird, Herr Kollege Diegel, der richtige Weg ist. Ich will nicht jede handwerkliche Panne damit entschuldigen, aber es ist haargenau der richtige Weg.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, ich darf Sie noch einmal unterbrechen. Möchten Sie eine weitere Zwischenfrage zulassen?

Heinz Schleußer, Finanzminister: Ich befürchte zwar, daß danach meine Redezeit abgelaufen ist, aber ich lasse sie trotzdem zu.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön, Herr Kollege Diegel.

(D) Helmut Diegel (CDU *): Herr Finanzminister, wir haben als Parlamentarier Ihre Meinung zur Steuerreform gehört. Sie kennen aber auch die Ansicht Ihres Ministerpräsidenten, der diese Reform entschieden bekämpft. Wie verträgt sich dies mit Ihrer Meinung, die Sie hier im Parlament äußern?

Heinz Schleußer, Finanzminister: Ich meine, es ist schön, wenn man selektiert liest, selektiert nachdenkt und sich selektiert äußert.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nur die Hälfte wahrgenommen. Wir haben Stufen vereinbart, die der Ministerpräsident mitträgt. Zunächst gilt die Entlastung derer, die durch Ihre Politik in den letzten Jahren permanent belastet wurden.

(Beifall bei der SPD)

Da gibt es Korrekturbedarf, da ist es notwendig umzuschichten.

(Helmut Diegel [CDU]: Das ist die Steuerpolitik der kommenden Jahre!)

Das ist der erste Schritt, den wir gehen. Dieser Schritt ist vernünftig, und er wird von allen Sozialdemokraten vertreten.

Dann gibt es einen zweiten Schritt: Das ist die Unternehmensteuerreform. Herr Kollege Diegel,

(Minister Heinz Schluëßer)

- (A) ich halte Siemens und Daimler Chrysler nicht für mittelständische Unternehmen - damit wir da keine Meinungsverschiedenheiten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da gibt es wirklich Gründe, zu anderen Steuerver-schiebungen zu kommen. Das wird passieren. Wir werden in einem zweiten Schritt die mittelstän-dische Wirtschaft entlasten - ganz sicher mit un-serer Hilfe. Genauso einig, wie wir bei den Nor-malverdienenden vorgehen, wird das auch dort geschehen. Es gibt keine großen Unterschiede. Allerdings kann es sein, daß es an diesem oder jenen Punkt über den Weg Diskussionen gibt, nicht aber über die Prinzipien.

Wir sind auf einem guten Weg. Dabei stehen wir am Anfang. Handwerkliche Fehler werden ausge-merzt. Das wird auf den Weg kommen und mehr bringen als das, was Sie über 16 Jahre in der Steuerpolitik zu machen versucht haben.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Zu den Kürzungen im Kindergartenbereich ist eini-ges gesagt worden. Was mich daran sehr ärgert, ist, Herr Kollege Diegel: Die einzigen, die von der sogenannten Sparorgie überhaupt nichts haben, sind das Land, die Landesregierung, der Landtag. Die Einsparungen, die dort vorgenommen wer-den, kommen alle an anderer Stelle an.

(B)

(Helmut Diegel [CDU]: Das habe ich doch gesagt!)

- Sie haben das hier anklagend gesagt, was wir auf dem Rücken der Schwächsten täten. Es sind die Träger, überwiegend die konfessionellen Trä-ger, die von diesen Veränderungen profitieren.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Da fehlen Millio-nen!)

Ohne daß es entscheidende Verbesserungen für das Land gibt, ist das das Sparen, um das Sys-tem wieder auf die Füße zu stellen, das ein biß-chen danebengeraten war.

Den Haushalt 1999 werden wir in der nächsten Woche verabschieden. Über das, was in Bonn auf den Weg gebracht wird, werden wir Ende 1999 wiederum zum Haushalt 2000 reden. Ich bin ganz sicher: Ihre Tonlage wird dann eine völlig andere sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Da-men und Herren! Die Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt sind hiermit abgeschlossen. Ich **schließe die Beratung.**

(C)

Bevor wir zur Abstimmung kommen, hat Frau Kollegin Krauskopf darum gebeten, eine **persönli-che Erklärung** abgeben zu dürfen. - Ich darf ihr hiermit das Wort erteilen.

Annegret Krauskopf (SPD): Herr Kollege Diegel! Sie haben in Ihrem Beitrag erwähnt, daß Frau Ministerin Fischer und ich einer Einladung, die wir ausgesprochen haben, nicht Folge geleistet hät-ten oder daß wir sie so kurzfristig abgesagt hät-ten, daß man sich nicht mehr hätte umorientieren können.

Entweder haben Sie falsch recherchiert, oder Sie brauchen das, um polemisch etwas hochzupu-schen. Ich würde gerne wissen, von wem diese Information kommt; denn letztendlich habe ich das Recht darauf, das richtigzustellen.

(Heinz Hardt [CDU]: Also war es so?)

- Nein, es ist nicht so. Ich möchte wissen, um welche Organisation oder Institution es sich han-delt. Es hat keine Einladung oder keinen Termin gegeben, den wir nicht wahrgenommen oder den wir etwa kurzfristig abgesagt hätten.

(D)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Frau Kollegin Krauskopf hat die Erklärung abgegeben. Eine Dis-kussion darüber kann nicht stattfinden.

Ich komme zurück zur Tagesordnung und damit zu den **Abstimmungen**. Bevor ich über den Einzel-plan 12, den Einzelplan 20 und über das Haus-haltsgesetz insgesamt abstimmen lasse, komme ich zurück zu dem Tagesordnungspunkt **Gemein-definanzierungsgesetz 1999**, über das bisher nicht abgestimmt werden konnte.

Ich weise zunächst einmal darauf hin, daß wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3590** abzustimmen haben - Stich-wort "Streichung der Kosten nach dem Flücht-lingsaufnahmegesetz aus dem GFG". Hierzu hat die antragstellende CDU-Fraktion zu einigen Punk-ten um getrennte Abstimmung gebeten.

(Heinz Hardt [CDU]: Nein, Herr Präsident, das stimmt nicht, nur zu der Beschlußvorla-ge Drucksache 12/3517!)